

## Rechtsextremismus ist nicht nur ein ostdeutsches Problem

Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister, über die Probleme mit Rechtsextremisten in strukturschwachen ländlichen Regionen, die Gefahr einer Unterwanderung der Zivilgesellschaft und den Stellenwert von bürgerschaftlichem Engagement

*Bei der Berichterstattung über rechtsextremistische Umtriebe stehen immer wieder ländliche Gebiete im Fokus. Inwiefern ist der Rechtsextremismus ein Thema des „flachen Landes“?*

**Bergner:** Es gibt diesbezüglich besondere Herausforderungen in strukturschwachen Gebieten, die oft, aber nicht ausschließlich, ländliche Gebiete umfassen. Hier haben extremistisch geprägte Vereinigungen meist weniger Konkurrenz, etwa durch eine Vielzahl demokratischer Institutionen. Kirchgemeinden, die früher viel zum Zusammenhalt im Dorf beitrugen, haben von ihrer Bindekraft verloren. Insbesondere für Jugendliche gibt es teilweise nicht genug alternative Angebote. Aufgrund einer fehlenden Vereinsdichte finden extremistische Aktivitäten weniger Gegengewicht durch andere zivilgesellschaftliche Angebote. Überdies stellt der demografische Wandel durch Abwanderung, niedrige Geburtenzahlen und geringere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten die ländlichen Räume vor besondere Herausforderungen. Diese Problemlagen machen sich rechtsextremistische Gruppen für ihre Aktivitäten im ländlichen Raum zunutze.

*Stimmt der Eindruck, dass sich die Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen vornehmlich auf ländliche Gebiete in Ostdeutschland beziehen?*

**Bergner:** Nein. Zwar nutzen rechtsextremistische Gruppen die beschriebenen sozialen Probleme und treten als „Kümmerer“ auf, d. h. sie organisieren Aktivitäten für die Dorfgemeinschaften und engagieren sich in der Lokalpolitik, um indirekt für ihre Ideologie zu werben. Dies ist aber kein alleiniges ostdeutsches Problem. Auch in ländlichen Gegenden im Westen Deutschlands und auch in urbanen Regionen verzeichnen wir rechtsextremistische Aktivitäten, denen wir entgegenzutreten müssen.

*Welche Regionen sind besonders betroffen?*

**Bergner:** Es sind keine Regionen besonders hervorzuheben. Überall dort, wo Menschen in ihren Lebensentwürfen keine eigenverantwortlichen Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven sehen, steigt das Risiko, dass extremistische Einflüsse Wirkung zeigen. Deshalb setzen gerade hier auch zielgerichtete Präventionsangebote der Bundesregierung an.

*Welche ländlichen Gebiete in den alten Bundesländern haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen?*

**Bergner:** Verschiedene Forschungsergebnisse und empirische Erhebungen verweisen hier auf Regionen, in denen die Bevölkerungsdichte abnimmt und insbesondere junge Menschen die Region verlassen, aber auch Regionen, in denen Arbeitsplätze verloren gegangen sind oder ein Strukturwandel stattgefunden hat. Aber es lassen sich keine festen Kategorien bilden, da es immer auch signifikante Ausnahmen in die eine oder andere Richtung gibt.

*Welche Aktivitäten von Rechtsextremen auf dem Lande beobachten Sie?*

**Bergner:** Die Aktivitäten sind sehr unterschiedlich und auf den ersten Blick zunächst nicht weiter verdächtig: Sie helfen mit Suppenküchen, Fahrdiensten, Hartz IV-Beratung, engagieren sich gezielt in bestehenden Vereinsstrukturen und Elternvertretungen bis hin zur Übernahme von Kindertagesstätten. Dabei präsentieren sie sich oft als besondere Alternative zu den demokratischen Parteien, die den „kleinen Leuten“ angeblich keine Beachtung schenken.

*Wie hat sich das Problem in den letzten Jahren entwickelt?*

**Bergner:** Das ist ganz abhängig von der demografischen Entwicklung, aber eben auch vom demokratischen Engagement in der betreffenden Region. Dort, wo in den letzten Jahren aufgrund der mangelnden Bevölkerungsdichte Schulen schließen mussten oder Angebote der Kinder- und Jugendarbeit weggebrochen sind, besteht meist besonderer Handlungsbedarf. Der Rechtsextremismus hat einerseits an Gewaltbereitschaft zugenommen und verstärkt seine Propaganda. Andererseits stehen immer mehr Menschen in diesen Regionen auf und wehren sich gemeinsam mit staatlichen und demokratischen Institutionen.

*Welche Charakteristika weisen ländliche Gebiete auf, in denen rechtsextremistische Aktivitäten besonders zu verzeichnen sind?*

**Bergner:** Es gibt nicht „die charakteristischen Gebiete“, da es eben keinen Automatismus in der gesellschaftspolitischen Entwicklung einer Region gibt. Der Zustand und die Entwicklung eines Dorfes, einer Region ist immer auch das Ergebnis konkreten Handelns der Menschen vor Ort. Und in diesem Sinne ist die Geschichte jedes Ortes offen, in die eine oder andere Richtung.

*Allenthalben gilt eine starke Zivilgesellschaft als beste Gewähr gegen politischen Extremismus. Greift dieses Argument in dünnbesiedelten Regionen, in denen die Basis einer aktiven Zivilgesellschaft zunehmend schwindet?*

**Bergner:** Einer aktiven, alle Bürger, Vereine usw. einschließenden Zivilgesellschaft gelingt es leicht, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identifizierung in der Region zu stärken. Menschen werden ermutigt und kompetent gemacht, sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und für Perspektiven in der Region einzusetzen. Um die Basis für die aktive Zivilgesellschaft zu stärken, hat das Bundesinnenministerium ein Programm aufgelegt. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ hat den Ansatz, gerade im ländlichen Raum diejenigen zu stärken, die sich vor Ort für ein demokratisches Gemeinwesen einsetzen, im Verein, im Sport, bei der Feuerwehr – dadurch fördern wir eine lebendige Zivilgesellschaft, die alle Beteiligten einbezieht und sie dadurch stark gegen rechtsextreme Einflussnahme macht. Dann kommen auch Menschen wieder zurück, eröffnen Läden und engagieren sich kulturell. Dieses Phänomen kann man etwa in Neuruppin beobachten.

*Soziologen weisen darauf hin, dass rechte Kräfte zivilgesellschaftliche Aufgaben übernehmen, wenn sich Kommunen in strukturschwachen Regionen aus bestimmten Feldern zurückziehen. Teilen Sie diese Einschätzung?*

**Bergner:** Wo Schulen geschlossen werden und Angebote im Kinder- und Jugendbereich nicht mehr in hergebrachter Weise zur Verfügung gestellt werden können, besteht tatsächlich das Risiko, dass rechtsextremistische Gruppen diese Lücken nutzen, um sich im Gemeinwesen zu präsentieren. Aber das ist kein Automatismus. Ich kenne viele Beispiele, in denen hier zielgerichtet gegengesteuert wird, auch durch demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement.

*Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, nach denen Vereine und Organisationen auf dem Lande von Rechtsextremen unterwandert werden?*

**Bergner:** Diese Gefahr kann nicht völlig ausgeschlossen werden, denn Rechtsextremisten haben die Chance erkannt, die in zivilgesellschaftlichem Engagement und damit in demokratischen Vereinen

Christoph Bergner ist seit Ende 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. In dieser Funktion ist er Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Der 63-jährige CDU-Politiker stammt aus Zwickau. Er hat in Halle Landwirtschaft studiert und dort auch promoviert. Von 1974 bis 1990 war Bergner als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Biochemie der Pflanzen der Akademie der Wissenschaften in Halle tätig. 1990 wurde er Mitglied im Landtag von Sachsen-Anhalt und dort sehr bald Vorsitzender der CDU-Fraktion. Im Dezember 1993 wurde Bergner zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieses Amt musste er nach der Niederlage seiner Partei bei der Landtagswahl ein halbes Jahr später aber bereits wieder abgeben. Seit 2002 gehört der gelernte Rinderzüchter dem Bundestag an.

steckt. Einzelne Organisationen, wie kleinere THW-Verbände oder Feuerwehren müssen hier besonders aufpassen. Wo in Sportvereinen ehrenamtliche Helfer oder Angebote fehlen, bieten sich Menschen mit extremistischen Bindungen und Gesinnungen als Trainer an oder gründen gleich eigene Clubs. Beim gemeinsamen Fußballtraining lassen sich dann auch Interessierte für eine Kameradschaft rekrutieren. Hier ist entsprechende Aufmerksamkeit von allen Beteiligten gefragt. Es geht aber nicht nur um soziale, sondern auch um politische Strukturen. Eine weitere Strategie ist die aktive Beteiligung an der Lokalpolitik, z. B. durch die Wahl zum ehrenamtlichen Ortsvorsteher.

*Was ist dagegen zu tun?*

**Bergner:** Ich denke, wir sind mit den einschlägigen Bundesprogrammen und den Angeboten zur politischen Bildung, v. a. durch die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, hier auf dem richtigen Weg. Aber darüber hinaus ist jeder von uns Teil des Gemeinwesens und wir alle sind mitverantwortlich. Es geht um eine breite Ächtung von rechtsextremistischer Gewalt und dem

dahinterstehenden menschenverachtenden Weltbild. Der Staat unterstützt und schützt die Bürgerinnen und Bürger durch die Förderung von Prävention und durch das Handeln von Polizei und Justiz, wenn es um die Verfolgung von Straftaten geht. Zivilgesellschaftliche Akteure, z. B. in Vereinen oder Bürgerinitiativen, genauso wie Verantwortungsträger in Kommunalverwaltungen oder der Lokalpolitik



Foto: www.bergner.de

werden darin qualifiziert und unterstützt, rechtsextremen Aktivitäten entgegenzutreten und diesen langfristig vorzubeugen. Auch hier bietet das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Hilfestellung an.

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß des demografischen Wandels und rechtsextremen Aktivitäten in bestimmten Regionen?*

**Bergner:** Tatsächlich verlassen junge Menschen z. T. die ländlichen Regionen und ziehen in die Stadt, weil sie dort besser ihre Lebensplanung verwirklichen können. In Ostdeutschland haben wir zusätzlich das Phänomen, dass wir in den ländlichen Gebieten einen Männerüberschuss bei den 18- bis 25-Jährigen haben. In ländlichen Regionen rechnen Rechtsextremisten mit weniger Gegenwehr als in den Städten. Mit der Demografiestrategie hat die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die ländlichen Räumen gesetzt. Wir wollen die besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen stärken und die Lebens- und Bleibeperspektiven für junge Menschen verbessern. Hier gibt es zahlreiche Beispiele für eine positive Entwicklung.

*Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass Menschen aus bestimmten Regionen fortziehen, weil sie sich von Rechtsextremen bedroht fühlen? Welche Regionen sind das?*

**Bergner:** Ich habe hierfür keine Anhaltspunkte. Die Menschen ziehen dahin, wo sie Arbeit finden, eine Perspektive haben oder persönliche Bindungen bestehen. Auch ein Gefühl der Teilhabe und Identifikation mit dem Wohnort gehört dazu, in der Stadt genauso wie auf dem Land.

*Spielt die Stärkung der Zivilgesellschaft zum Schutz vor politischem Extremismus eine Rolle in der Demografiestrategie der Bundesregierung? Wenn ja, welche?*

**Bergner:** Sie spielt insofern eine große Rolle, als auch die Folgen des demografischen Wandels nur gesamtgesellschaftlich angegangen werden können. Der Staat kann im Rahmen einer Strategie für die Rahmenbedingungen sorgen, die Menschen, die Zivilgesellschaft, leben darin und gestalten diese Bedingungen. So ist auch hier der Verantwortungs- und Teilhabegedanke wichtiger Bestandteil. Das bürgerschaftliche Engagement ist in allen vom demografischen Wandel berührten Politikbereichen von großer Bedeutung und seine Förderung damit eine Querschnittsaufgabe für alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen.

*Was tut die Bundesregierung konkret, das Problem „Rechtsextremismus auf dem Lande“ in den Griff zu bekommen?*

**Bergner:** Die Programme der Bundesregierung tragen zur Stärkung strukturschwacher Regionen bei. Die Bundesregierung fördert und stärkt demokratische Teilhabe besonders in strukturschwachen, ländlichen Gebieten. Das Engagement im eigenen Ort, im eigenen Verband oder Verein fördert auch die Urteilsfähigkeit derjenigen, die sich einbringen. Dann werden extremistische Scheinlösungen als das Gesehen, was sie sind: Menschenverachtende Strategien und Ideologien, die ausgrenzen statt Perspektiven und gegenseitigen Respekt für alle zu bieten. Ganz konkret fördert beispielsweise das Bundesministerium des Innern mit seinem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Vereine, Verbände und Kommunen im ländlichen ostdeutschen Raum, um das wichtige Engagement vor Ort zu unterstützen. Insgesamt stehen dafür bis 2013 18 Mio. € zur Verfügung. ■ Rainer Münch